

Erneut gewaltsamer Regimewechsel in der Zentralafrikanischen Republik

Andreas Mehler

Mit der Einnahme der Hauptstadt Bangui durch die Rebellenallianz Seleka am 24. März 2013 fand ein erneuter gewaltsamer Machtwechsel (nach 1965, 1981 und 2003) in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), einem der ärmsten Länder der Erde, statt. Rebellenführer Michel Djotodia hat die Verfassung aufgehoben und Wahlen in Dreijahresfrist angekündigt; reflexhaft reagierten der UN-Sicherheitsrat mit Empörung und die Afrikanische Union mit der Suspendierung der Mitgliedschaft des Landes.

Analyse

Der Ablauf der Krise ähnelt in vielem stark der Machtübernahme des nun gestürzten Präsidenten Bozizé vor fast genau zehn Jahren. In der Medienberichterstattung werden folgende Elemente bislang unterbelichtet:

- Die Rebellenallianz ist in sich nicht geschlossen. Ob Djotodia sich gegen andere ehrgeizige Anführer durchsetzen kann, wird sich erst nach einigen Wochen entscheiden.
- Die Positionierung der Regierung des Tschad wird mitentscheidend für die Stabilisierung im Nachbarland sein. Kein anderes Land hat in den letzten Jahren so aktiv in die Geschehnisse der ZAR eingegriffen, auch nicht die ehemalige Kolonialmacht Frankreich.
- Die „afrikanische Sicherheitsarchitektur“ bekommt erneut Risse, bevor der Rohbau richtig steht. Die Peacekeeper der zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEEAC zeigten sich tatenlos; und warum südafrikanische Truppen überhaupt im Land waren, ist jenseits der offiziellen Erklärungen ein immer noch gehütetes Geheimnis, das die Opposition am Kap nun aufklären möchte.
- Kurzfristig gelingt eine Stabilisierung nur, wenn die korporativen Interessen der Rebellen weitgehend bedient werden. Die komplette Integration in die nationale Armee – eine Hauptforderung der Rebellen – birgt allerdings neue Risiken; und noch ist unklar, welche Geldgeber diesen teuren Plan unterstützen werden.
- Mittelfristig gelingt eine Stabilisierung nur unter maßgeblicher Einbeziehung ziviler Kräfte, das heißt der durchaus vorhandenen politischen Parteien mit einiger Tradition und der Zivilgesellschaft. Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen waren sich ihrer politischen Verantwortung immer bewusst und können ebenfalls beteiligt werden.

Schlagwörter: Zentralafrikanische Republik, Tschad, Südafrika, CEEAC, Rebellion, afrikanische Sicherheitsarchitektur

Die Parallelität der Ereignisse (2003/2013)

Im Jahr 2012 wurde das Bozizé-Regime, das noch ein Jahr zuvor fest im Sattel zu sitzen schien, von großer Nervosität ergriffen. Insgesamt dreimal wurden vermeintliche Putschpläne aufgedeckt, die verschiedenen Politikern zugeschrieben wurden. Entlassungen von Ministern und einzelne militärische Auseinandersetzungen in kurzer Abfolge prägten das Jahr. Aber am 10. Dezember verdüsterte sich das Bild noch einmal deutlich, als mit der Formierung einer neuen Rebellion zum Sturz Bozizés auch eine neue militärische Herausforderung für das Regime entstand. Nach einer beschleunigten Abfolge von militärischen Eroberungen der wichtigsten Städte und Ortschaften im Osten und Zentrum des Landes durch die Rebellen Mitte bis Ende Dezember 2012 konnte die Regierung im Verein mit den stationierten Peacekeepern der zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEEAC den Vormarsch der zur Seleka-Allianz vereinten Rebellenarmee (siehe Kasten Seite 4) zu Jahresbeginn 2013, kurz vor der Einnahme der Hauptstadt Bangui, stoppen. Es folgte der Friedensschluss vom 11. Januar 2013 in Gabuns Hauptstadt Libreville und wenig später die Bildung einer breiten Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss des Rebellenführers Michel Djotodia von der Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement (UFDR). Premierminister (und zuständig für Finanzen) wurde Nicolas Tiangaye, ein Demokratiebefürworter der ersten Stunde (siehe Kasten Seite 3).

Schon im Februar 2013 zeigte sich der Unmut der Seleka-Kombattanten vor den Toren Banguis, die bessere und schnellere Ergebnisse erwartet hatten. Forstminister Mohamed Moussa Daffhane, einer der Seleka-Anführer, zeigte sich unzufrieden mit der Anzahl der Ministerien, die auf die Rebellen entfallen sollten; man erkenne die eigenen Vorstellungen nicht wieder. Zwar waren dies die weitgehendsten Zugeständnisse, die Bozizé je gemacht hatte, aber durch die Schaffung von Vizeministerposten, die mit eher ihm selbst verpflichteten Personen besetzt wurden, entstand der Eindruck, dass er nicht wirklich bereit sei, Macht abzugeben.¹

¹ Insgesamt umfasste die Regierung 32 Mitglieder, davon sechs für die Seleka (Verteidigung, Kommunikation, Forst, Städtebau, Handel und Industrie, Bergbauexploration und Wasser); Außen-, Sicherheits- und Minenministerium blieben als strategische Positionen im Präsidentenlager (*Agence France-Presse*, 3. Februar 2013).

Mitte Februar griffen einige Seleka-Rebellen, offenbar ohne Zustimmung der Rebellenminister, mehrere Städte wie Sibut und Bangassou an. Am 17. März setzten Seleka-Rebellen fünf Minister der Regierung, darunter Djotodia, bei einer Tournee ins Landesinnere gefangen und ein Seleka-Kommandeur verkündete ein Ultimatum von 72 Stunden zur Erfüllung älterer Forderungen. Verlangt wurde die Befreiung aller politischen Gefangenen, der Abzug der ugandischen und südafrikanischen Truppen und die Aufhebung von Straßenbarrikaden von Polizei und Bozizé-Unterstützern in Bangui. Dies erwies sich als taktisches Spiel. Nach Ablauf des Ultimatums rückten die Rebellen vor, passierten die strategische Stadt Damara – ohne Gegenwehr der Peacekeeper aus den Nachbarländern der ZAR – und eroberten am 23./24. März Bangui ohne allzu viel Gegenwehr (mit Ausnahme der südafrikanischen Truppen). Bozizé floh nach Kamerun und seine Familie in die Demokratische Republik Kongo; Djotodia erklärte sich zum Präsidenten.

Dieser Verlauf ähnelt mit einigen Abweichungen den Ereignissen der Jahre 2001-2003, als sich Präsident Ange-Félix Patassé nach einer Abfolge von Meutereien, Putschversuchen und Rebellionen am Tiefpunkt seiner Karriere befand. Die Unterstützung der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich hatte er längst verloren. Er kontrollierte nur noch Teile der Hauptstadt sowie südwestlicher Präfekturen dauerhaft und konnte sich gegen die Truppen seines ehemaligen Generalstabschefs (eben Bozizé) nur noch mithilfe von Truppen aus dem befreundeten Libyen und des kongolesischen Rebellenführers Jean-Pierre Bemba an der Macht halten, zu denen zum Jahresende 2002 noch wenige Peacekeeper kamen. Als Patassés Flugzeug am 18. März 2003 bei seiner Rückkehr von einem regionalen Gipfeltreffen beschossen wurde und nach Kamerun ausweichen musste, hatten die Truppen Bozizés bereits die Oberhand gewonnen – offensichtlich mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Tschad; der Widerstand zentralafrikanischer Friedenstruppen und der eigenen Armee erwies sich als äußerst begrenzt.

Bei aller üblichen Verurteilung gewaltsamer Machtwechsel, die nun folgte, war die Erleichterung in der internationalen Gemeinschaft über das Ende einer Ära zu spüren. Besonders die Regierungen in den Nachbarländern Kongo, Kamerun, Tschad und Gabun machten schnell deutlich, dass sie mit dem neuen Regime zusammenarbeiten wollten.

Wichtige Akteure

- **Michel Djotodia**

Michel Am Nondroko Djotodia, geb. 1950 in der Präfektur Vakaga (Nordosten), war Beamter im Außenministerium und Konsul in Nyala (Südsudan). Kennern des Landes gilt er als polyglotter Intellektueller mit ausgeprägtem Machtinteresse. Allerdings war Djotodia in den Elitezirkeln Banguis weitgehend unbekannt, als er die Rebellenbewegung Groupe d'Action Patriotique de Libération de la Centrafrique (GAPLC) gründete, die im September 2006 mit zwei weiteren Bewegungen zur UFDR verschmolz und als deren Präsident er fortan figurierte. Die UFDR konnte sogleich die Provinzhauptstadt Birao einnehmen und nahezu zwei Monate lang halten. Anschließend floh Djotodia ins Exil nach Benin, wurde dort verhaftet und sollte ursprünglich an Bangui ausgeliefert werden. Im Februar 2008 wurde er aus der Haft entlassen, um an Friedensverhandlungen in Libreville teilnehmen zu können. Es folgte ein Friedensschluss zwischen Regierung und UFDR im Juni 2008, allerdings unterschrieb Djotodia nicht und blieb auf Distanz. An den Friedensverhandlungen im Januar 2013 nahm er teil, offenbar ohne sich mit allen anderen Rebellenführern abzustimmen. Der Aufstieg zum Vizepremier- und Verteidigungsminister am 3. Februar 2013 war nur ein vorläufiger Höhepunkt seiner Karriere. Am 24. März 2013 erklärte sich Djotodia zum Präsidenten, suspendierte die Verfassung und wollte vorläufig mit Verfügungen regieren.

- **François Bozizé**

François Bozizé, Militär (geb. 1946), Präsident seit seiner gewaltsamen Machtübernahme am 18. März 2003. Der General trat erstmals als Vorsitzender und Gründer (1980) der pro-libyschen Partei Mouvement Centrafricain de Libération Nationale (MCLN) in den Vordergrund, näherte sich Ex-Präsident Patassé schon in den frühen 1980er Jahren an und war in dessen Putschversuch gegen André Kolingba 1982 involviert; er musste dann ins Exil nach Benin fliehen. Von dort wurde er 1989 auf ein Auslieferungsgesuch hin nach Bangui verbracht, wo er zwei Jahre ohne Anklageerhebung unter Kolingba incommunicado im Gefängnis saß. Bei den Wahlen von 1993 war Bozizé Kandidat, erhielt aber nur 1,5 Prozent der Stimmen. Patassé berief seinen Gefolgsmann nach dem Maiputsch 2001 zum Generalstabschef, nachdem der Amtsinhaber ums Leben gekommen war. Im Oktober 2001 wurde Bozizé eines weiteren Putschversuchs verdächtigt; er entzog sich seiner Verhaftung und schlug sich mit etwa 300 ihm ergebenen Soldaten plündernd in den Norden des Landes durch, um von dort und mit tschadischer Unterstützung – letztlich erfolgreich – eine Rebellion gegen die Regierung zu organisieren. Bozizé gehört der größten Volksgruppe der Gbaya (Nordwesten) an. Er schuf ein in hohem Maße nepotistisches Regierungssystem mit engen Gefolgsleuten und Familienmitgliedern an den Schaltstellen der Macht. Die Rebellionen gegen ihn begannen schon unmittelbar nach seinem Amtsantritt. Mit dem Frieden von Libreville 2008 konnten die meisten Rebellengruppen zunächst befriedet werden, aber die Demobilisierung machte nur geringe Fortschritte.

- **Nicolas Tiangaye**

Nicolas Tiangaye ist einer der profiliertesten Anwälte der ZAR, er wurde 1956 in Bocaranga (Nordwesten) geboren. In den spektakulären Gerichtsverfahren gegen „Kaiser“ Jean-Bédel Bokassa, aber auch gegen François Bozizé (1989) wegen des 1982er Putschversuchs und gegen Ex-Verteidigungsminister Jean-Jacques Démafouth (2002) wegen Teilnahme an einem angeblichen Putschversuch gegen Patassé im Jahr 2001 war er einer der Verteidiger der Angeklagten; er kennt somit einige der wichtigsten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sehr genau. Als Präsident der Menschenrechtsorganisation Ligue Centrafricaine des Droits de l'Homme (LCDH) spielte er eine große Rolle in der Demokratiebewegung der 1990er Jahre. Nach Bozizés Machtübernahme wurde er schnell Vorsitzender der Übergangslégislative Conseil National de Transition (CNT). Im Mai 2005 nahm Tiangaye als Kandidat in einem Wahlkreis in Bangui an den Parlamentswahlen teil und wurde nach offiziellen Angaben knapp besiegt, was zu Unruhen führte (drei Tote), die er durch beruhigende Stellungnahmen beenden konnte. Tiangaye blieb in der Opposition und wurde Sprecher einer Oppositionsallianz. Er nahm an den Friedensgesprächen in Libreville im Januar 2013 teil und wurde im Anschluss zum Premierminister berufen (17. Januar 2013). Erst Anfang Februar konnte er ein Kabinett bilden, in dem Djotodia Vizepremier- und Verteidigungsminister wurde. Djotodia erklärte nach seiner Machtübernahme, Tiangaye als Premierminister im Amt lassen zu wollen.

- **Seleka**

Die drei Hauptfraktionen der Rebellenallianz („Seleka“ heißt nichts anderes als „Allianz“) sind:

- die Convention des Patriotes pour la Justice et la Paix (CPJP), für die Eric Massi, Sohn des offenbar im Jahr 2010 durch das Bozizé-Regime ermordeten politisch-militärischen Unternehmers Charles Massi, spricht und die den Ex-Diplomaten Gazam-Betti in die Regierung Tiangaye entsandte,
- die Convention Patriotique pour le Salut wa Kodro (CPSK) von Dhaffane Mohamed Moussa und Nelson Njadder sowie eben
- die UFDR, die einen weiteren Minister in der Regierung Tiangaye stellt (Bergbauexploration und Wasser).

Weitere Bewegungen haben sich Seleka angeschlossen, wie die des Warlords Abdoulaye Miskine, die einen Minister stellt (André Ringui le Gaillard, Städtebau).

Djotodia ist offenbar der derzeit anerkannte Führer, aber es ist nicht auszuschließen, dass Teile aus der Allianz herausbrechen, wenn sich dies als opportun erweist. Schon zwei Tage nach der Einnahme Banguis äußerte sich Njadder kritisch. Außer dem Misstrauen gegenüber Bozizé und der allgemeinen Aussage, man wolle die Exklusion weiter Landesteile verhindern, lässt sich derzeit nicht viel erkennen, was Rückschlüsse auf ein Programm der Allianz zulassen würde. Wie viele Kämpfer Seleka hat, ist ebenfalls spekulativ, man rechnet mit über 2.000. Einige Angriffe von Seleka-Kämpfern nach dem Friedensschluss von Bangui deuten darauf hin, dass die Bewegung kein geringes Problem mit der Disziplinierung ihrer Kämpfer hat.

Folgende Elemente der Rebellionen von 2000 und 2013 gleichen sich weitgehend: das rasche Vorrücken der Rebellen gegen eine demoralisierte nationale Armee, die Passivität Frankreichs, das Fallenlassen der Regierung vonseiten der bisherigen Unterstützer, die Beunruhigung und das symbolische Handeln internationaler Organisationen, die Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung, Plünderereien und Menschenrechtsverletzungen.

Auch einige der ersten Maßnahmen Djotodias kommen dem langjährigen Beobachter bekannt vor: Einer der ersten Schritte Bozizés war seinerzeit die Auflösung des Parlaments, er suspendierte die Verfassung und die obersten Gerichte; die beiden erstgenannten Schritte wurden nun auch von Djotodia angekündigt. Bis Januar 2005 wollte Bozizé eine Übergangsphase hin zu einer neuen verfassungsgemäßen Ordnung abgeschlossen haben, Djotodia gibt sich sogar drei Jahre. Hatte allerdings Bozizé Nicolas Tiangaye seinerzeit zum Vorsitzenden der Übergangslegislative ernannt (und später kaltgestellt), wurde der angesehene ehemalige Vorsitzende der örtlichen Menschenrechtsliga diesmal im Premierministeramt belassen.

Wie reagiert der Tschad?

Ehemals ebenfalls ein Bürgerkriegsland, hat sich der Tschad in den letzten Jahren durch die Einigung mit dem Nachbarland Sudan sowie hohe Einkünfte aus dem Erdölgeschäft stabilisieren

können – bei weiterhin extrem schlechten internationalen Indexwerten im Hinblick auf Armut, Demokratie oder Regierungsführung. Das politische Überleben von Präsident Déby, der ähnlich wie Bozizé und Djotodia durch einen Militärputsch an die Macht kam, hängt auch davon ab, dass sich in den Nachbarstaaten des Tschad keine Rebellenbewegungen gegen ihn formieren können. Nur knapp entging Déby dem Schicksal Patassés oder Bozizés im Jahr 2008, als eine Rebellenallianz vor den Toren der Hauptstadt nur mit französischer Hilfe gestoppt werden konnte. Seitdem hat sich das Selbstvertrauen des Regimes stetig verbessert, sogar so weit, dass eine UN-Friedensmission für die beiden Nachbarländer Tschad und ZAR im Jahr 2010 einseitig vom Tschad aufgekündigt wurde. Die militärischen Fähigkeiten des Tschad dürften mittlerweile beträchtlich sein, darauf verweist der bislang erfolgreiche Einsatz tschadischer Truppen an der Seite Frankreichs in Mali.

Die Geschichte der Interventionen des Tschad in der ZAR ist lang. Ohne Waffenhilfe aus dem Tschad und die Rückzugsmöglichkeiten im Nachbarland hätte Bozizé im Jahr 2003 nicht die Macht ergreifen können. Zu den bemerkenswerteren Militäreinsätzen der tschadischen Armee in den letzten Jahren gehören die Vertreibung der CPJP (siehe Kasten oben) aus Birao 2010 und ein gemeinsames Manöver zur Aushebung der Rückzugsbasis der (tschadischen) Front Républicain pour le Redressement (FPR) 2012 – mit 20.000 Vertriebenen als Kollateralschaden. Der Tschad war in allen subregionalen Friedensmissionen seit 1997

aktiv – deswegen aber keineswegs beliebt. Das angeblich „arrogante“ Auftreten des jeweiligen tschadischen Kontingents wurde in Bangui mit Vorbehalten aufgenommen.

Tatsächlich spielen tschadische Händler eine größere Rolle für den Einzelhandel in Bangui und wurden gleichzeitig häufig Opfer von Lynchjustiz, wenn es darum ging, Sündenböcke zu finden, so auch zuletzt in der Panikstimmung zum Jahresende 2012. Nachdem die Seleka-Rebellen selbst ins Spiel gebracht hatten, dass sie Unterstützung aus der Umgebung Débys bekommen, und angesichts dessen, dass das verstärkte tschadische Kontingent in der letzten Phase der militärischen Auseinandersetzung offenbar kaum in Erscheinung trat, kann darüber spekuliert werden, dass die Regierung in Ndjaména die Seiten gewechselt und Bozizé fallengelassen hat. Allerdings hat sich angeblich auch die FPR den Seleka-Rebellen angeschlossen, ein Schritt, der der Führung in Ndjaména nicht gefallen kann.

Man darf davon ausgehen, dass die Regierung des Tschad die Situation im Nachbarland sehr intensiv beobachtet. Notfalls wäre man zur Wahrung eigener Interessen sicher erneut bereit, militärisch einzugreifen. Diese Position unterscheidet sich stark von der der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, die über Jahrzehnte die Geschicke des Landes mitbestimmt hatte, aber schon beim Machtwechsel 2003 passiv blieb; und als Präsident Hollande Ende 2012 auf ein mögliches Eingreifen Frankreichs zugunsten Bozizés angesprochen wurde, antwortete er, diese Zeiten seien vorbei.

Die afrikanische Sicherheitsarchitektur bröckelt

Die neuerliche Untätigkeit einer subregionalen Peacekeeping-Truppe (wie schon 2003), wenn es darum geht, einer gefährdeten Regierung beizuspringen, stellt infrage, ob sich die Afrikanische Union (AU) bei ihrem Bemühen um eine Dezentralisierung der Verantwortung auf Subregionalorganisationen verlassen kann. Eines der Hauptziele der AU ist die Verwirklichung einer Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace and Security Architecture, APSA), getragen von der „innovativen intergouvernementalen Norm [...] der ‚Nichtgleichgültigkeit‘ (Non-Indifference)“ (Engel 2012). Auf dem Weg dorthin gibt es Fortschritte, zuweilen aber auch Rückschritte. Grundsätzlich war es bemerkenswert, dass die in vielen Fragen uneinige Wirtschafts- und Währungsgemein-

schaft Zentralafrikas CEMAC sich bereits 2002 darauf einigen konnte, eine Friedenstruppe in die ZAR zu entsenden, nachdem eine UN-Mission beendet worden war. Mandat der 350 Mann starken Force Multinationale en Centrafrique (FOMUC) war die Gewährleistung der Sicherheit des damaligen Präsidenten Patassé sowie die Beteiligung an der Reform der Armee und an Grenzpatrouillen zum Tschad – keine dieser Aufgaben wurde überzeugend erfüllt.

Nach dem gewaltsamen Ende der Ära Patassé war das Mandat leicht angepasst worden. Die FOMUC wurde Mitte 2008 von der Mission de Consolidation de la Paix en Centrafrique (MICOPAX) abgelöst, die formal der ausgedehnteren CEEAC (Wirtschaftsgemeinschaft der Staaten Zentralafrikas) untersteht. Die nahezu 700 Mann starken Truppen haben ein vageres Mandat (Konsolidierung des Klimas von Frieden und Stabilität, Entwicklung des politischen Prozesses, Unterstützung des Respekts der Menschenrechte, Koordination humanitärer Hilfe und Kampf gegen HIV/AIDS). Es wurden ähnlich große Kontingente von Gabun, DR Kongo, Kongo (Brazzaville) und Tschad gestellt, eine ähnlich große Anzahl von Polizisten aus Kamerun und kleinere Abordnungen von Äquatorialguinea und Burundi. Ohne finanzielle Unterstützung durch die EU und ohne logistische Hilfe Frankreichs hätte die Mission aber hauptsächlich auf dem Papier gestanden. Die CEEAC versprach sich dennoch viel von diesem Projekt – und steht erneut vor einem Scherbenhaufen.

Dazu trägt aber auch bei, dass Südafrika parallel zu dieser Mission im Rahmen eines bilateralen Abkommens Truppen nach Bangui geschickt hatte. Offiziell waren die Truppen zur Unterstützung der Armeereform beziehungsweise zur Ausbildung des Militärs im Lande. Als weitere Begründung wurde die Stabilisierung der DR Kongo genannt; die DR Kongo ist Mitglied der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft SADC, die eher dem Einflussbereich Pretorias zugerechnet wird. Offenbar hatten die Truppen aber hauptsächlich die Aufgabe, für Bozizés persönliche Sicherheit zu sorgen.

Den Seleka-Rebellen waren keineswegs die MICOPAX-Truppen, sondern speziell die Südafrikaner und Ugander ein Dorn im Auge; letztere sind im Rahmen der internationalen Bekämpfung der Lord's Resistance Army im Südosten der ZAR im Einsatz. Bozizés letzte Reise ging deshalb nicht etwa nach Ndjaména, sondern nach Pretoria, um sich der südafrikanischen Unterstützung zu ver-

sichern. Die Südafrikaner leisteten denn auch als einziger entschiedenen Widerstand und verloren bei den Kämpfen in Bangui im März 2013 13 Soldaten in harten Gefechten (28 Verletzte). Präsident Jacob Zuma erklärte am 25. März, dass die „Aktionen dieser Banditen uns nicht von unserer Verantwortung abhalten werden, für Frieden und Stabilität in Afrika zu arbeiten“. Allerdings wird nun in Südafrika endlich nach dem Sinn der Mission in der ZAR gefragt: Ging es hier nicht nur um den Schutz eines weiteren Autokraten? Die parlamentarische Opposition geht auf Konfrontationskurs. Der Vorsitzende der United Democratic Movement (UDM), Bantu Holomisa, will in einem offenen Brief wissen, welche südafrikanischen Interessen in der ZAR verteidigt werden sollten und ob das Land dort Bergbaurechte besitzt oder verkauft hat.² Radikalere Stimmen fragen, ob Präsident Zuma angeklagt werden könnte, weil er das Völkerrecht verletzt hat, indem er auf Bürger eines fremden Landes schießen ließ.³

Auch Südafrika steht vor einem Scherbenhaufen und für die Präsidentin der AU-Kommission, die Südafrikanerin Nkosazana Dlamini-Zuma, dürfte die Entwicklung sehr unangenehm sein. Die AU hatte zunächst eine aktive Rolle bei der Vermittlung eines Ausgleichs zwischen Rebellen und Bozizé eingenommen, der (rotierende) AU-Präsident Boni Yayi (Benins Staatsoberhaupt) hatte zum Jahresende 2012 mit beiden Seiten verhandelt, ehe die subregionale Ebene den Friedensprozess wieder übernahm. Als Mediator fungierte Kongos Präsident Denis Sassou Nguesso. Nach dem Umsturz suspendierte der AU-Sicherheitsrat am 25. März 2013 die Mitgliedschaft der ZAR in der AU, in Übereinstimmung mit der AU-Doktrin, die bei einem verfassungswidrigen Regierungswechsel die Aussetzung der Mitgliedschaft vorsieht. Aber härter als sonst sprach die AU sich auch für die „totale Isolierung“ und Sanktionen gegen sieben Persönlichkeiten der Seleka aus.⁴ Man darf abwarten, wie lange die Tür geschlossen bleibt.

² *Independent Online*, Holomisa: What Were Troops Protecting?, 27. März 2013.

³ *Daily Maverick*, SA's Role in the Battle of Bangui: The Blood on Zuma's Hands, 27. März 2013.

⁴ *Jeune Afrique*, L'Union africaine suspend la Centrafrique et prend des sanctions contre Michel Djotodia, 25. März 2013.

Schwierige Integration der Rebellenarmee

Unter Bozizé hatte die Demobilisierung der schon länger durch den Friedensvertrag gebundenen Rebellenorganisationen sehr spät begonnen und nur äußerst langsame Fortschritte gemacht. Ein Problem war offenbar, dass sich die Bemühungen dann hauptsächlich auf die Armée Populaire pour la Restauration de la Démocratie (APRD) des ehemaligen Verteidigungsministers Jean-Jacques Demafouth begrenzten. Mitte 2011 waren gerade mal 1.400 Ex-Rebellen (von ehemals identifizierten 8.800) demobilisiert und der Prozess wirkte intransparent und desorganisiert. Bozizé nahm die Dinge deshalb selbst in die Hand und so konnte am Jahresende 2011 verkündet werden, 4.770 Rebellen seien demobilisiert worden; dabei wurden 3.500 – hauptsächlich selbstgebastelte – Waffen eingesammelt.

Dieses Ergebnis konnte nicht überzeugen. Nach dem Sieg der Rebellen werden die nun aktiven Kombattanten sicherlich nicht mehr damit zufrieden sein, mit Abfindungen demobilisiert zu werden, sondern ihre Forderung durchsetzen wollen, in die Armee übernommen zu werden. Die zentralafrikanischen Streitkräfte sind allerdings in einem äußerst schlechten Zustand und würden durch die Übernahme der Rebellen – mit ihren „im Busch“ verliehenen militärischen Dienstgraden – sicher nicht effizienter werden. Es steht auch zu befürchten, dass sich die Heterogenität der Seleka-Rebellen dann auch in der Armee wiederfindet. In der Vergangenheit hatten sich beispielsweise CPJP und UFDR auch direkt bekämpft. Finanziell könnte sich das Unternehmen als Fass ohne Boden herausstellen. Jedenfalls ist undenkbar, dass sich ohne hohe Zahlungen aus dem Ausland eine Reform des Sicherheitssektors verwirklichen lässt. Ohne eine solche Reform bleibt die ZAR aber instabil.

Vorrang für zivile Lösungen

Als Hauptproblem einer mittelfristigen Stabilisierung könnte sich erweisen, dass im Jahr 2013 wieder einmal die militärische Methode zur Beseitigung eines unbeliebten Potentaten zum Einsatz kam. Dabei verfügt das Land durchaus über zivile Kräfte. Dies gilt insbesondere für die Mouvement de Libération du Peuple Centrafrican (MLPC), die von Ange-Félix Patassé (gest. 2011) im Jahre 1979 gegründet worden ist und in weiten Tei-

len des Landes über Strukturen verfügt.⁵ Auch andere Parteien haben eine im afrikanischen Kontext lange Geschichte, so zum Beispiel die Ex-Einheitspartei Rassemblement Démocratique Centrafricain (RDC), die Präsident André Kolingba (gest. 2010) im Jahre 1985 gegründet hatte.

Weitgehend vergessen ist, dass das Land in einer wenngleich nur kurzen Zwischenphase (1979 bis 1981) eine Mehrparteiendemokratie hatte – zur bleibenden Zeit in Afrika, wo fast nirgends mehr Parteienpluralismus herrschte. Auch in der Zeit des Übergangs zum neuerlichen Parteienpluralismus Anfang der 1990er Jahre zeigte sich die kleine Zivilgesellschaft des Landes, insbesondere die Gewerkschaften sowie die Anwälte- und Menschenrechtsorganisationen, bemerkenswert aktiv. Es ist also keineswegs so, dass sich das Land zwangsläufig in die Hände militärischer Akteure begeben müsste.

Ausblick

Derzeit ist unklar, ob sich Djotodia in der Macht einrichten kann oder doch durch mögliche innere Zerfallsprozesse seiner Seleka-Allianz und äußeren Druck so stark bedroht wird, dass er entweder mit alten Kräften verhandeln muss oder sogar wieder gestürzt wird. Man darf damit rechnen, dass er sich schnell äußerer Unterstützung seitens eines Nachbarlandes versichern möchte. Kurzfristig wird sich die internationale Gemeinschaft mit der humanitären Lage beschäftigen; die Beendigung der Plünderungen in Bangui dürfte hoch auf der Agenda der neuen Machthaber stehen. Aber selbst wenn sich die unmittelbaren Sorgen – wie unter Bozizé 2003 – schnell in den Griff bekommen lassen, bleiben die zahlreichen ungelösten strukturellen Probleme bestehen: Armut, fehlende Infrastruktur, Zerstörung des sozialen Vertrauens und Beschädigung einer einst respektablen Basis für Mehrparteiendemokratie.

Ein Problem hat sich deutlich verschärft: Die materiellen Ansprüche der Rebellenkämpfer sind noch gewachsen, während die Möglichkeiten, diesen gerecht zu werden, weiter gesunken sind. Nur eine auf Ausgleich und Inklusion angelegte Politik unter Einbeziehung ziviler Kräfte verspricht tatsächlich Hoffnung auf gesellschaftlichen Konsens.

⁵ In inneren Machtkämpfen hat sich Ex-Premierminister Martin Ziguélé durchgesetzt; in der MLPC gab es schon zu Patassés Zeiten verschiedene Strömungen, allerdings doch immer mit einem gemeinsamen (linkspopulistischen) Profil.

Nur bei Beherrschung verabredeter Regeln werden die bitter benötigten Hilfen von außen fließen. Djotodia hat folglich nur wenig Zeit, die richtigen Signale zu setzen.

Literatur

- Berman, Eric G. (2005), *The Central African Republic: A Case Study of Small Arms and Conflict*, in: *Small Arms Survey 2005: Weapons at War*, Genf: The Small Arms Survey, 302-333.
- Debos, Marielle (2008), *Fluid Loyalties in a Regional Crisis: Chadian "Ex-Liberators" in the Central African Republic*, in: *African Affairs*, 107, 427, 225-241.
- Engel, Ulf (2012), *Frieden, Sicherheit und Demokratie – wie weiter mit der AU?*, GIGA Focus Afrika, 8, online: <http://vg08.met.vgwort.de/na/e5dc68a30738482f91185024f8da05f7?l=http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_1208.pdf> (28. Februar 2013).
- International Crisis Group (ICG) (2007), *République Centrafricaine: anatomie d'un Etat fantôme*, Rapport Afrique, 136, 13. Dezember.
- Lombard, Louisa (2012), *Rébellion et les limites de la consolidation de la paix en Centrafrique*, in: *Politique Africaine*, 125, 189-208.
- Mehler, Andreas (2012), *Why Security Forces Do Not Deliver Security: Evidence from Liberia and the Central African Republic*, in: *Armed Forces and Society*, 38, 1, 46-69.
- Mehler, Andreas (2011), *Rebels and Parties. The Impact of Armed Insurgency on Representation in the Central African Republic*, in: *Journal of Modern African Studies*, 49, 1, 115-139.
- Mehler, Andreas (2009), *Peace and Power Sharing in Africa: A Not So Obvious Relationship*, in: *African Affairs*, 108, 432, 453-473.

■ Der Autor

PD Dr. Andreas Mehler ist Direktor des GIGA Instituts für Afrika-Studien.

E-Mail: <andreas.mehler@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/mehler>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das Forschungsteam „Kriegs- und Friedensprozesse“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht Gewaltkonflikte sowie die Faktoren, die den erfolgreichen Übergang zu einem Friedensprozess begünstigen oder verhindern, darunter detailliert Machtteilungsarrangements. Andreas Mehler leitet derzeit zwei Forschungsprojekte zu Power-Sharing, die von der DFG finanziert werden: (1) „The Local Arena of Power-sharing: Patterns of Adaptation or Continued Disorder“ und (2) „Power-sharing in Postconflict Situations: On the Institutional Prerequisites for Lasting Peace“.

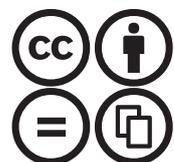
■ GIGA-Publikationen zum Thema

Mehler, Andreas (2011), *Frieden durch Verfassungsänderungen? Möglichkeiten und Tendenzen*, GIGA Focus Global, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Mehler, Andreas (fortlaufend; 2005-2012), *Central African Republic*, in: Andreas Mehler, Henning Melber und Klaas van Walraven (Hrsg.), *Africa Yearbook: Politics, Economy and Society South of the Sahara*, Leiden: Brill.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM